

1 **Den Widerstand in NRW entwickeln**

2

3 Nach der Landtags- und Bundestagswahl steht der Landesverband vor neuen Herausforderungen.

4 Insbesondere die Landtagswahl war ein bitterer Erfolg für den Landesverband.

5 Dass es uns nicht gelungen ist mit fehlenden 8435 Stimmen (0,1%) in den Landtag einzuziehen, ist

6 bitter. Gleichzeitig halten wir fest, dass die LINKE NRW bei gesteigerter Wahlbeteiligung die

7 Stimmen von 2012 von 194.428 auf 415.936 mehr als verdoppeln konnte und im

8 Landtagswahlkampf sowie im Bundestagswahlkampf sehr viele neue Mitglieder dazugewonnen hat.

9 (Allein im Rahmen des Landtagswahlkampfes 977 Eintritte). Nun gilt es für den Landesverband sich

10 auf dieser Grundlage weiterzuentwickeln.

11 Nach dem Superwahljahr in NRW ist klar: Auf Landesebene wird DIE LINKE. in Nordrhein-

12 Westfalen außerparlamentarische Opposition zu den gesellschaftlichen und politischen

13 Verhältnissen sein. Die politischen Ziele für die nächsten Jahre bestehen für den Landesverband

14 darin, eine laute und vernehmbare linke Stimme gegen gesellschaftliche Missstände, für

15 Verbesserungen in Nordrhein-Westfalen zu sein, die Wahrnehmbarkeit der LINKEN in der

16 Gesellschaft und die Verankerung vor Ort deutlich auszubauen und die Parteientwicklung weiter

17 voranzutreiben.

18

19 **Die Situation in Nordrhein-Westfalen**

20

21 Die grundlegenden gesellschaftlichen Problemlagen in Nordrhein-Westfalen werden DIE LINKE

22 auch in den nächsten Jahren begleiten. Die neoliberale Politik im Interesse der Großkonzerne an

23 Rhein und Ruhr und einer kleinen Schicht von Millionären und Milliardären hat die soziale

24 Ungleichheit in Nordrhein-Westfalen besonders verschärft. Eine kleine Schicht konnte sich dank

25 der Politik der letzten Jahre stark bereichern – und das auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit. In

26 Nordrhein-Westfalen zeigt sich die Kehrseite der neoliberalen Politik in aller Deutlichkeit: Der

27 Anstieg von Armut, die Ausweitung des Niedriglohnssektors, eine Zunahme an prekärer und

28 unsicherer Beschäftigung, hunderttausende Menschen, die in der Langzeitarbeitslosigkeit allein

29 gelassen werden, Kommunen im Kürzungswahn, eine marode öffentliche Infrastruktur und

30 mangelhafte Bildungseinrichtungen. Diese Entwicklung spiegelt sich in Nordrhein-Westfalen auch

31 regional wieder. Neben Regionen relativer Prosperität existieren Regionen wie etwa das Ruhrgebiet,

32 in dem jeder fünfte Mensch in Armut leben muss. Diese Aufspaltung in Arm und Reich ist Ergebnis

33 einer seit Jahrzehnten verfolgten Wirtschafts- und Sozialpolitik, eines Systems, das heute wieder

34 Kapitalismus genannt werden darf.

35

36 SPD und Grüne haben in den letzten Jahren in der Landesregierung vorrangig eine Politik

37 betrieben, bei der sie, entgegen ihrer Sonntagsreden und Wahlversprechen, auf jegliche

38 Umverteilung des Reichtums verzichtet haben. Sie haben die politischen Möglichkeiten auf

39 Landesebene nicht ausgeschöpft und haben eine Politik über die Köpfe der Menschen hinweg

40 gestaltet. Sie waren politisch für die Enteignung breiter Bevölkerungsteile mitverantwortlich.

41 Allerdings gilt auch: unter einer Landesregierung aus CDU und FDP werden diese Tendenzen nicht

42 gestoppt, sondern deutlich verschärft werden. Bereits jetzt lassen sich Politikfelder festmachen, in

43 denen in den nächsten Jahren mit zunehmenden Verschlechterungen zu rechnen ist.

44

45 Dazu gehört die **Wohnungspolitik** in Nordrhein-Westfalen: CDU und FDP haben kurz nach der

46 Landtagswahl einen umfassenden Angriff auf Schutzrechte von Mieter*innen angekündigt. Sei es

47 der Geltungsgebereich der (unzureichenden) Mietpreisbremse oder die

48 Kappungsgrenzenverordnung, die verkürzte Kündigungsfristen von Mietsverhältnissen oder der

49 Wegfall der Zweckentfremdungssatzung für Kommunen - wo das Land die Möglichkeiten hat, die

50 Rechte von Mieter*innen zu kürzen und so die Position von Vermietern zu stärken, haben CDU und

51 FDP die Pläne bereits in der Schublade. Treffen wird dies über die Rechte des Landes zur
52 Bestimmung von Kommunen mit besonderer Wohnraumknappheit solche Städte, in denen die
53 Wohnsituation für Menschen mit niedrigem und mittleren Einkommen bereits heute schwierig ist
54 wie Köln, Düsseldorf, Münster oder Bonn etc.. Es ist zu erwarten, dass die wohnungspolitischen
55 Konflikte auch aus der Zivilgesellschaft hier zunehmen werden. Unser Landesverband wird sich
56 verstärkt in diese Auseinandersetzung einbringen und an der Seite von Mieter*innen und Initiativen
57 für bezahlbaren Wohnraum kämpfen. Das Recht auf Wohnen gehört zu der Sozialen Frage dazu und
58 ist ein Grundrecht.

59

60 Auch in der **Umweltpolitik** drohen in den nächsten Jahren konfliktreich zu werden: Im
61 Koalitionsvertrag bezeichnen CDU und FDP die Braunkohle als „der einzige wettbewerbsfähige
62 heimische Rohstoff“, für die vorhandenen Genehmigungen der Tagebaue im Rheinischen
63 Braunkohlerevier wird Bestandsschutz garantiert. Die bereits große und aktive Bewegung gegen
64 den Braunkohletagebau und seine Folgen wird vor neue Herausforderungen gestellt werden. Hier
65 gibt es Initiativen und Bewegungen bei denen wir uns weiterhin und verstärkt einbringen wollen.
66 Dabei ist für uns klar, dass wir Umwelt- und Sozialpolitik zusammen denken. Wir stehen für einen
67 sozial-ökologischen Wandel. Auch vor dem Hintergrund der Berufung von Frau Schulze-Föcking
68 zur Landwirtschafts- und Tierschutzministerin, müssen wir dieses Themenfeld stark im Blick
69 haben. Die Besetzung dieses Ministeramtes mit einer derart einseitig geprägten und gleichermaßen
70 interessengebundenen Person ist für uns ein fatales Signal.

71

72

73 Dem Thema **Arbeit** hat Schwarz-Gelb gerade einmal zwei von 120 Seiten des Koalitionsvertrages
74 gewidmet. Klar ist damit: die drängendsten Probleme der abhängig Beschäftigten werden von
75 Schwarz-Gelb schlicht ignoriert, sei es die prekäre Beschäftigung, der Niedriglohnsektor oder die
76 Ausweitung der Tarifbindung. Dort, wo sie überhaupt etwas zu dem Thema vorhaben, sind es
77 Angriffe auf die Rechte der Beschäftigten. Deutlich wird dies etwa an dem angekündigten Vorstoß
78 der NRW-Landesregierung, durch eine Bundsratsinitiative das deutsche Arbeitszeitgesetz unter
79 dem Deckmantel der Digitalisierung abzuschaffen. Die Folge einer solchen Initiative wären
80 Kürzungen Pausenzeiten und längere Arbeitstage. Unser Landesverband wird an der Seite der
81 Gewerkschaften und Beschäftigten stehen und gegen das Vorhaben der schwarz-gelben
82 Landesregierung Position beziehen. Statt einer immer weiter verstärkten Ausweitung der
83 Arbeitszeiten stehen wir für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich.

84

85 Ebenso haben CDU und FDP angekündigt, das Ladenöffnungsgesetz so auszuweiten, dass bis zu
86 acht verkaufsoffene Sonntage im Jahr gestattet sind – ein Bereich, in dem im letzten Jahr ver.di
87 durch Klagen die Aushöhlung der Sonntagsruhe oft verhindert hat. Nicht nur das: auch bei
88 Bürgerbegehren wie in Münster gab es eine deutliche Entscheidung gegen die Ausweitung der
89 Sonntagsöffnungszeiten. Wir werden weiterhin auf Kommunal- und auf Landesebene an der Seite
90 der Gewerkschaften und Kirchen dagegen Stellung beziehen.

91

92 Einfügen **Bildungspolitik**

93 Auch im Bereich der Bildung gibt es viele Aspekte, die für uns LINKE in den kommenden Jahren
94 stärker in den Fokus gerückt werden müssen. Sei es die Frage der prekären
95 Beschäftigungsverhältnisse im Offenen Ganztagschulen oder (Ketten)Befristungen im
96 Wissenschafts- und Weiterbildungsbetrieb, wir streiten für gute Arbeitsbedingungen und Löhne
97 auch in Öffentlichen Einrichtungen und für den gebührenfreien Zugang zur Bildung. Dies gilt
98 sowohl für offene Ganztagschulen, Kita- Plätze, Universitäten und Weiterbildungseinrichtungen.
99 Wir kritisieren das Vorhaben der Landesregierung erneut Studiengebühren für Ausländer
100 einzuführen. Insbesondere das Thema Bildung ist eine der zentralen landespolitischen Themen dem

101 wir uns verstärkt widmen werden. Die LINKE hat hier weiterreichende Konzepte und Positionen.
102 Wir streiten für eine Schule für alle. Es bleibt dabei: Wir brauchen höhere Investitionen in Bildung
103 und gerechtere Strukturen.

104
105

106 Ein wichtiger Ansatzpunkt für Kritik von links wird voraussichtlich der **Landeshaushalt** werden,
107 der im Herbst das erste Mal durch CDU und FDP verabschiedet werden soll. Der letzte,
108 ausgeglichene Landeshaushalt war der erste seit vielen Jahren in Nordrhein-Westfalen – und das nur
109 aufgrund von ökonomischen Sondereffekten.

110 Fakt ist: NRW ist als Land strukturell unterfinanziert, in der öffentlichen Infrastruktur, den Straßen,
111 Kitas und Schulen hat sich ein Investitionsstau in Milliardenhöhe gesammelt. Gleichzeitig wird seit
112 Jahren die Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte an die Kommunen weitergegeben, die
113 einen Schuldenberg von rund 62 Milliarden Euro angehäuft haben. Das bevölkerungsreichste
114 Bundesland zahlt einen hohen Preis für die Steuergeschenke an Banken und Konzerne, die tiefe
115 Löcher in den öffentlichen Haushalt gerissen haben. CDU und FDP versprechen in ihrem
116 Koalitionsvertrag mehr Geld etwa für Kitas, Lehrer*innen oder Schulen. Gleichzeitig ist
117 vollkommen unklar, wie dies bei der bestehenden ungerechten Steuergesetzgebung gewährleistet
118 werden soll. Denn CDU und FDP bekennen sie sich ebenfalls zur Schuldenbremse, die für
119 Nordrhein-Westfalen ab 2020 Neuverschuldung verbietet. Unsere Lösungsvorschlag ist transparent:
120 Wir brauchen eine Umverteilungspolitik und Steuergerechtigkeit. Wir wollen untere und mittlere
121 Einkommen stark entlasten und Superreiche und Konzerne stärker zur Kasse bitten, um notwendige
122 öffentliche Investitionen zu tätigen und eine soziale Infrastruktur zu gewährleisten. Doch die
123 Landesregierung und die anderen Parteien verschließen sich bisher dieser Politik.
124 Das Ergebnis dieser Haltung der Landesregierung wird kurz- oder mittelfristig zu Kürzungen im
125 Landeshaushalt führen. Die zu erwartenden unpopulären Kürzungen werden die Regierungsparteien
126 wohl erst nach dem Bundestagswahlkampf in die politische Diskussion einbringen.

127

128 Allerdings zeichnet sich schon jetzt ab, wohin die Reise gehen wird: CDU und FDP planen Teile
129 der öffentlichen Infrastruktur zu privatisieren oder teilweise zu privatisieren (**Öffentlich-Private-**
130 **Partnerschaft**), unter anderem im Verkehrsbereich. Zusätzlich kündigen CDU und FDP einen
131 Stellenabbau in der öffentlichen Verwaltung an. Weitere Kürzungsmaßnahmen sind zu erwarten im
132 sozialen Bereichen oder der Grundfinanzierung etwa von Krankenhäusern mit den bekannten
133 negativen Folgen für Personal und Patienten.

134 Wir werden uns klar gegen diese Kürzungsmaßnahmen richten. Es sind auch Widerstände aus der
135 Gesellschaft und von Gewerkschaften zu erwarten, die wir ebenfalls aufgreifen und unterstützen
136 werden. Insbesondere im Gesundheitsbereich gibt es die Kampagne Pflege am Boden, die wir
137 weiterhin intensiv begleiten wollen.

138

139 DIE LINKE NRW wird sich auch in den kommenden Jahren in die gesellschaftspolitischen
140 Konflikte einbringen und aktiv an der Seite von Betroffenen, Gewerkschaften oder sozialen
141 Bewegungen ihren Platz einnehmen – als außerparlamentarische Opposition.
142 Für DIE LINKE kommt es also darauf an, ein glaubwürdige Stimme für ein sozial gerechtes,
143 ökologisches und friedliches NRW zu sein. Der Landesvorstand ist hierfür in der Pflicht mit
144 konkreten Veranstaltungs- und Aktionsvorschlägen Impulse in die Debatte und in die Partei zu
145 tragen.

146

147

148 **Alle Teile der Klasse ansprechen**

149

150 Dabei gilt zu beachten, dass DIE LINKE nicht zuletzt in den vergangenen Landtagswahlen bei

151 Arbeiter*innen insbesondere mit niedrigem Einkommen, prekär Beschäftigten und
152 Empfänger*innen von Transferleistungen relativ an Zuspruch verloren hat, während die
153 Rechtspopulisten in diesen Bevölkerungsteilen dazugewonnen haben. Es ist eine wichtige Aufgabe
154 der LINKEN, diese Menschen zurückzugewinnen und von unserer Politik zu überzeugen. Die
155 größte Herausforderung dabei wird sein, dass viele der von Armut betroffenen Menschen überhaupt
156 kein Vertrauen mehr in Politik und kaum Hoffnung auf Verbesserungen haben. Dieses Vertrauen
157 und diese Menschen müssen wir zurückgewinnen. Klar ist dabei: einfache Antworten auf eine
158 bessere Verankerung in diesem Teil der Arbeiter*innenklasse wird es nicht geben. Doch DIE
159 LINKE muss sich auf den Weg machen, Antworten auf verschiedene Fragestellungen zu erarbeiten:
160 Wie kommt es, dass DIE LINKE offensichtlich gerade in besonders von Armut betroffenen
161 Stadtteilen, in denen sie als einzige Partei solidarische Politikangebote für die Menschen macht
162 verliert? Muss DIE LINKE ihre Form der politischen Ansprache überarbeiten? Was muss DIE
163 LINKE in ihrer Parteiarbeit ändern, was kann an parteiinterner Kommunikation getan werden, um
164 das zu ändern? Wir werden uns verstärkt mit diesen Fragen Auseinandersetzen und unsere
165 Strukturen da wo notwendig neu denken bzw. weiterentwickeln. Denn klar ist: Wir dürfen die
166 Abgehängten nicht den Rechtspopulisten und ihrem Rassismus überlassen. Es ist die politische
167 Aufgabe einer sozialistischen Partei um alle Teile der Arbeiter*innenklasse zu kämpfen. Als Linke
168 in Nordrhein-Westfalen nehmen wir diese Herausforderung an!

169
170

171 **Was tun?**

172

173 Die LINKE. NRW hat momentan 7.257 Mitglieder. Viele Kreisverbände sind in den letzten
174 Monaten stark gewachsen, oft sind es gerade junge Mitglieder, die neu eintreten. Wir sind damit auf
175 dem Weg einer der mitgliederstärksten Landesverbände unserer Partei zu werden.

176 **Attraktive Mitmach Partei**

177 Es ist für die Entwicklung der Partei unerlässlich mehr Mitglieder zu aktivieren. Dafür ist es
178 sinnvoll in den Kreisverbänden, in denen es noch nicht geschehen ist, wieder einen
179 Mitgliederbeauftragten einzusetzen. So müssen neue Mitglieder die ersten Schritte im politischen
180 Alltag nicht allein gehen. Der Mitgliederbeauftragte kann Neumitglieder in der Partei willkommen
181 heißen, persönliche Treffen anbieten, Neumitgliederfrühstücke organisieren, sowie die regionale
182 Anbindung und Kontakte in die verschiedenen Gliederungen schaffen. Nie sind Menschen so
183 euphorisch wie beim Eintritt in einer Partei, genauso so schnell kann diese Euphorie aber auch
184 verpuffen, wird sie nicht von den Strukturen vor Ort aufgefangen.

185 Die Partei benötigt allerdings auch mittelfristig Angebote, die über das normale Parteileben
186 hinausgehen. Eine Mitgliederversammlung ist eine Möglichkeit, den Bedürfnissen neuer Mitglieder
187 nach lebendiger Debatte gerecht werden, aber ebenso kann sie starr und wenig attraktiv wirken. Es
188 kommt darauf an DIE LINKE zu einer attraktiven ‚Mitmach-Partei‘ weiterzuentwickeln, in der sich
189 möglichst viele mit ihren Wünschen, Interessen und Talenten einbringen können. Dafür ist auch das
190 Gesprächs- und Debattenklima wichtig, das zum Verbleib Neuer animieren sollte.

191 Wichtig ist, dass wir nicht ausschließen wollen, sondern einladen, egal ob alte Politikhasen oder
192 politische Neulinge. Wenn wir unsere Partei verstärkt auch für Menschen ohne akademischen
193 Hintergrund und politische Vorgeschichte gewinnen wollen, müssen wir auch entsprechend handeln
194 und reden.

195 Erst wenn wir zu einer gemeinsamen Debatte darüber kommen, wie wir es schaffen, die
196 unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründe unserer Mitgliedschaft durch unsere
197 innerparteiliche Kultur abzubilden und als Bereicherung zu begreifen, können wir mögliche
198 Widersprüche vorbeugen bzw. auflösen.

199 Eine erfolgreiche Mitmachpartei, muss auch neue Wege beschreiten bei den Angeboten vor Ort:
200 Möglichkeiten dazu wären Lesekreise, Filmvorträge und Lesungen, aber auch offene, politische
201 Stammtische, Kulturabende, Grillfeste oder Aktiventreffen. Wie immer zeigt sich auch hier die
202 Wahrheit in der Praxis. Es gilt sich auf den Weg zu machen und Neues zu erproben. Das Parteileben
203 muss unsere Mitglieder und Sympathisierende bereichern.

204 Für eine linke Partei ist eine sinnstiftende Kultur elementar. Es braucht ein innerparteiliches
205 Zusammengehörigkeitsgefühl. Die Partei muss von den Mitgliedern als ein Ort erlebt werden, wo
206 über politische Differenzen hinweg Gemeinschaft und Solidarität erfahren wird. Sie wollen ihre
207 ehrenamtliche Arbeit sinn- und planvoll eingesetzt und gewürdigt sehen, sie werden motiviert, wenn
208 das eigene Engagement Teil eines sinnvollen Ganzen ist. Das gilt ebenso für Sympathisierende
209 sowie Nicht-Parteimitglieder

210

211 **Frauen**

212 Erfreulicher Weise geht aus dem vierten Gleichstellungsbericht von 2016 hervor, dass der Anteil der
213 eingetretenen Frauen in NRW sich von 2007 bis 2015 von 25% auf 37% erhöht hat. Trotz
214 struktureller gesellschaftlicher Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, treten mehr Frauen in
215 unsere Partei ein und die Tendenz ist steigend. Leider ist dies auch bei nun 37% trotzdem kein
216 Grund für Jubel und liegt hinter unseren eigenen Ansprüchen als feministische Partei. Es ist müßig
217 wieder und wieder die Gründe, die Frauen stärker als Männer davon abhält sich politisch zu
218 engagieren, aufzuzählen oder die bereits bekannten innerparteilichen Schief lagen zu rezitiere. Die
219 im Vorherigen genannten Punkte, insbesondere eine veränderte Sitzungskultur, sind maßgeblich für
220 den Spaß an der politischen Arbeit und das Engagement aller Mitglieder, auch Frauen.

221 Rücksichtnahme, Verständnis für die Alltäglichen Lebensbedingungen von Frauen egal ob sie
222 alleine erziehen, besonders von Altersarmut betroffen sind, zu pflegende Angehörige betreuen oder
223 den alltäglichen Sexismus ertragen müssen- was sie alle nicht brauchen sind Sitzungen, Aktionen
224 oder Parteitage, die zusätzliche Belastungen darstellen. Dafür braucht es ein Bewusstsein aller
225 Parteimitglieder. Was auf Landesebene mittlerweile Standard ist, sollte weiterentwickelt werden.
226 Kinder dürfen kein Hinderungsgrund für politisches Engagement sein- eine Kinderbetreuung sollte
227 sich auch auf KV Ebene stärker etablieren. Ebenso sollten Sitzungszeiten überdacht werden, ggf.
228 aktiv auf Frauen zu gegangen werden, welche Zeiten für sie gut sind. Frauenplena dürfen auch auf
229 KV-Ebene kein zu diskutierender Punkt sein, sondern bei Bedarf eine Selbstverständlichkeit.

230 Gemeinsam müssen wir Frauen „sichtbar“ machen und stärken, um den selbst gesteckten Zielen
231 gerecht zu werden. Es wäre ein leichter Schritt hierzu bereits gefasste Beschlüsse gemeinsam
232 konsequent umzusetzen: Quotierte Referent*innen bei Veranstaltungen, geschlechtergerechte
233 Sprache, quotierte Redner*innenlisten. Zur Sichtbarkeit sollten wir gemeinsam auf mehr Frauen
234 z.B. bei unseren Direktkandidat*innen bei Wahlen achten, die maßgeblich unser Bild nach außen
235 mitbestimmen.

236 **Strukturen weiterentwickeln**

237 Zusätzlich wollen wir in Zukunft regelmäßige Treffen zwischen den KV Sprecher*innen auf
238 Landesebene organisieren um uns über die lokale Arbeit vor Ort auszutauschen. So können sich
239 erfolgreiche Wege der Mitgliederaktivierung oder Aktions- und Veranstaltungsvorschläge schneller
240 im Landesverband verbreiten und die regionale Zusammenarbeit intensiviert werden.

241 Durch einen ständigen Austausch über gute und schlechte Erfahrungen können wir unsere Arbeit
242 kontinuierlich weiterentwickeln.

243 Wir brauchen außerdem eine innerparteiliche Debatte, wie die LINKE. NRW sich stärker im
244 ländlichen Raum etablieren kann. Hier fehlen uns meist Personal und Ressourcen. Eine

245 Möglichkeit, könnte sein, dass Mitgliederstarke Kreisverbände unterstützend in der Umgebung
246 mitwirken. Um die Verankerung der LINKEN in den Flächenkreisen wieder neu zu strukturieren,
247 wird der Landesvorstand damit beauftragt, anknüpfend an die Wahlauswertungen der Kreisverbände
248 sowie dort stattfindenden Debatten gemeinsam mit den jeweiligen Kreisverbänden Konzepte zu
249 erarbeiten, wie wir gesellschaftliche Akteure an uns binden und für LINKE Politik begeistern
250 können.

251 Die Landespartei diskutiert ergebnisoffen die Frage einer Regionalisierungsstruktur. Eine Einigung
252 muss erzielt werden in den Punkten der regionalen Einteilung sowie in der Form und
253 Verbindlichkeit der regionalen Zusammenarbeit. Damit einhergehend kann die Frage von
254 Listenaufstellungen offen und transparent diskutiert und mögliche Wahlverfahren unter Beteiligung
255 der Basis erörtert werden.

256 Darüber hinaus empfiehlt der Landesvorstand den weiteren Ausbau der Organisationsstrukturen.
257 Ortsgliederungen (Orts- und Stadtverbände) werden systematisch erfasst und in der
258 Mitgliederdatenbank mit Ansprechpartner*innen hinterlegt um auch hier Kontaktmöglichkeiten zu
259 schaffen und den innerparteilichen Austausch von Informationen zu befördern.

260 Der Landesvorstand regt an, dass bis zum Jahr 2019 die Kreisverbände in NRW eine*N
261 Kreisgeschäftsführer*in wählen, damit ein regelmäßiger Austausch zu organisatorischen Fragen
262 systematischer in regelmäßig stattfindenden „Think Tanks“ durchgeführt werden können.
263 Gemeinsam mit der Landesebene sollen so die operative Fragen zum Strukturaufbau gezielt
264 erarbeitet und gefördert werden.

265

266 **Die Verankerung der Partei in der Öffentlichkeit**

267

268 Klar ist: DIE LINKE wird ohne Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen um mediale und
269 öffentliche Wahrnehmbarkeit kämpfen müssen. Dafür müssen wir unsere eigene Öffentlichkeit
270 schaffen und gezielt Themen setzen und Kampagnen aufbauen.

271 DIE LINKE NRW ist angehalten die kommunalpolitische Arbeit unserer Ratsfraktionen stärker in
272 den Fokus zu rücken und gezielte Kampagnen in Verbindung mit den Ratsfraktionen aufzubauen.
273 Welche Themen sich für Kampagnen eignen, wird in Zusammenarbeit mit den Ratsfraktionen und
274 Kreisverbänden erarbeitet. Z.B.: das Thema der prekären Beschäftigung in öffentlichen
275 Einrichtungen wie insbesondere in offenen Ganztagschulen eignet sich in jedem Fall für solch eine
276 Kampagnenarbeit.

277

278 **Stadtteilarbeit**

279 Der Sonderlandesrat der LINKEN NRW hat einstimmig dem Antrag zugestimmt, eine Konferenz zu
280 organisieren, die sich mit Formen und Methoden linker Stadtteilarbeit beschäftigt. Ziel soll sein,
281 neue Formen der politischen Arbeit zu entwickeln, um in von Armut, Niedriglöhnen und
282 Transfereinkommen besonders geprägten Stadtteilen wieder mehr Menschen von linken politischen
283 Inhalten zu überzeugen und für eine gemeinsame politische Arbeit zu gewinnen. Dafür werden linke
284 Parteien und Organisationen eingeladen, die bereits Erfahrungen mit linker Stadtteilarbeit
285 gesammelt haben wie etwa die KPÖ aus Österreich oder die SP aus den Niederlanden. Die
286 Ergebnisse der Konferenz sollen den Kreisverbänden zugänglich gemacht werden. Wünschenswert
287 ist ein regelmäßiger Austausch zwischen Kreisverbänden, die sich aktiv der Stadtteilarbeit widmen
288 über Best-Pratice-Methoden und Erfahrungen über gelungene Organisierungsmethoden.

289

290 **Sozialberatung als Teil linker Sozialpolitik**

291

292 DIE LINKE bietet seit vielen Jahren deutschlandweit in allen Bundesländern und hunderten von

293 Kommunen eine kompetente Sozialberatung an. Auch in NRW hat DIE LINKE ein breitgefächertes
294 Netz von Sozialberatungsstellen aufgebaut, mit denen sie hauptsächlich den von Hartz IV
295 betroffenen Menschen eine Anlaufstelle für ihre Probleme bietet. Aber auch Arbeitsplatzverlust,
296 drohende Wohnungslosigkeit oder nicht ausreichende Renten sind regelmäßige Problemlagen in der
297 Sozialberatung. Damit die Sozialberatung auch regelmäßig aufgrund einer Flut von
298 Gesetzesänderungen oder sich ändernder Rechtsprechung "auf der Höhe der Zeit" bleibt, führen wir
299 regelmäßige Fortbildungen durch, die vom Landesverband finanziert werden.

300

301 Eine qualifizierte Sozialberatung ist angesichts der massenhaft rechtswidrigen Praxis der Jobcenter
302 notwendiger denn je. Wir erleben insbesondere in NRW seit Jahren eine stetig wachsende Armut
303 und eine von Monat zu Monat steigende Zahl von Menschen, die auf Hartz IV-Leistungen
304 angewiesen sind. Mit ca. 1,22 Mio. sog. erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und ca. 495.000
305 Kindern und Jugendlichen liegen diese Zahlen auf einem Rekordniveau. Hartz IV steht bekanntlich
306 für ein Massenverarmungsprogramm, mit dem Menschen in unzumutbare Jobs bzw. sog.
307 Arbeitsgelegenheiten gezwungen werden und für ein Repressionssystem, durch das bundesweit ca.
308 1 Mio. Sanktionen jährlich verhängt werden. DIE LINKE ist von Anfang an die Partei, die unter der
309 Losung "Weg mit Hartz IV" sich dieser menschenunwürdigen Politik entgegenstellt, während alle
310 anderen Parteien verbissen an diesem System festhalten. Sie trägt den Widerstand dagegen in die
311 Parlamente und durch regelmäßige Aktionen vor die Jobcenter.

312

313 Wir verstehen das Sozialberatungs-Angebot aber nicht nur als eine rein rechtliche Hilfestellung,
314 sondern auch als eine politische Initiative, die die Menschen ermächtigen soll, sich gegen dieses
315 Hartz IV-System und andere neoliberale Zumutungen aktiv zu wehren. Von Bedeutung für die
316 Verbesserte Verankerung der LINKEN wird es daher sein, die Sozialberatungen stärker zu nutzen,
317 um die Betroffenen zum politischen Widerstand zu ermutigen.

318 Deshalb laden wir diese Menschen auch immer wieder dazu ein, unsere Aktionen vor den
319 Jobcentern zu unterstützen, da die von Hartz IV betroffenen Menschen keine andere Lobby haben,
320 die sie verlässlich vor Behördenwillkür schützt. Auch deshalb sind kompetente
321 Sozialberatungsstellen ein unverzichtbarer Bestandteil linker Politik. Und dass eine kontinuierliche
322 Sozialberatung auch das Wähler*innenverhalten beeinflusst, beweisen die Wahlergebnisse der
323 letzten Landtagswahl in NRW, bei der DIE LINKE in zahlreichen Wahlbezirken dort besonders gute
324 Ergebnisse erzielen konnte, in denen seit Jahren eine verlässliche Sozialberatung angeboten wird.
325 Die Sozialberatungen müssen auch landesweit stärker vernetzt werden

326

327 **Bündnisarbeit und soziale Bewegungen**

328

329 Für eine Partei wie DIE LINKE ist es überlebenswichtig, Bündnisse aufzubauen und sich in den
330 sozialen Bewegungen sowie in den Gewerkschaften zu verankern. Wir wollen verstärkt an der Seite
331 der Beschäftigten und Gewerkschaften bei Arbeitskämpfen stehen und Solidarität deutlich zum
332 Ausdruck bringen. Wir wollen unserem Anspruch einer dauerhaften Verankerung in den Betrieben
333 näher kommen. Am besten wäre wenn es über die Situation in den Betrieben und in den
334 Gewerkschaften einen Austausch in einer Struktur der Partei geben würde. Hierfür sind auch die
335 Landesarbeitsgemeinschaften entscheidend. Gleichzeitig kann es hilfreich sein, dass auf örtlicher
336 Ebene Strukturen wie AG's gebildet werden.

337 In den kommenden Monaten wird die Linke an der Seite der Beschäftigten im Krankenhaussektor
338 stehen, die für mehr Personal und eine bessere Entlohnung kämpfen. Darüber hinaus unterstützen
339 wir alle Proteste gegen die von der Landesregierung geplanten Studierengebühren für ausländische
340 Studierende aus dem EU-Ausland.

341

342 Desweiteren soll 2018 erneut ein Sozialgipfel stattfinden um mit Bündnispartnern aus

343 verschiedenen Themenfeldern zusammenzukommen.
344